

Kleine Textsammlung

Tibet und der Dalai Lama



Einleitung:

Von den einen als lustiger Mönch belächelt, von den anderen als Oberhaupt der Gelug-Sekte des tibetischen Vajrajana-Buddhismus und als Reinkarnation des Adi Buddha verehrt, tingelt der Dalai Lama seit Jahren von Auftritt zu Auftritt. Doch hinter seinem „unschuldigen“ Lächeln und seinen Botschaften für den Frieden steckt eine Religion und Weltanschauung, die es durchaus kritisch zu betrachten gilt.

Die Begeisterung für den Dalai Lama entspringt der Sehnsucht nach einem einfachen Leben Friedfertigkeit ist nur Fassade – In der Praxis für Gewalt und gegen die Errungenschaften der Aufklärung

Der Dalai Lama bedient mit seinen mediengerecht inszenierten Botschaften von Frieden, Liebe und Toleranz eine verbreitete Zivilisationsmüdigkeit. Für viele seiner Zuhörer/innen verkörpert sein marketingmäßig aufgebautes Image die romantische Sehnsucht nach einem einfachen Leben, das von der Unbill der Moderne unberührt ist.

Bei genauem Hinsehen entpuppt sich der „gewaltfreie“ Dalai Lama als Vertreter einer gewaltträchtigen Politik, die sich gegen die Errungenschaften der Aufklärung wie das Recht auf ein selbst bestimmtes Leben wendet und stattdessen die Unterwerfung unter Gruppenzwänge fordert.

Das Kalachakra-Tantra beispielsweise - eines der wichtigsten Tanten [heilige Texte] des tibetischen Buddhismus wurde seit 1970 bereits über 20 mal vom 14. Dalai Lama in der Öffentlichkeit [allerdings nur zum Teil] vorgeführt; so wurden bereits über Hunderttausende durch dieses Ritual initiiert. Für das begeisterte Publikum erscheint das Kalachakra-Tantra als ein Beitrag zum Weltfrieden, der das Mitgefühl mit allen lebenden Wesen, den interreligiösen Dialog, Toleranz, ökologisches Bewusstsein, die Gleichberechtigung der Geschlechter und Glückseligkeit für alle fördern soll. Die acht letzten geheimen Riten sollen jedoch geprägt sein von morbiden, Frauen verachtenden und okkulten Ritualen.

So heißt es, dass die Rolle der Frau dabei vor allem daraus besteht, in mehreren Initiationsstufen ihre weiblichen Energien (Gynergy) auf den Guru beziehungsweise auf dessen Schüler zu übertragen um ihnen so zu omnipotenter Androgynität und somit zu mehr Vollkommenheit zu verhelfen. Seinem Gelübde zufolge müsste ein tibetisch-buddhistischer Mönch allerdings strikte Keuschheit üben. Dass er trotzdem sexuelle Rituale mit meist jungen Frauen [teilweise ab elf Jahren] real durchführen kann, ermöglicht eine recht interessante Auslegung der Symbolik. So gilt es solange nicht als Sex, wie der Mönch nicht ejakuliert und somit den „Fluss der Energien“ beherrscht. Das lässt auch die Aussage des 14. Dalai Lama über sein lebenslang eingehaltenes Zölibat in einem anderen Licht erscheinen.

Auch sonst haben Frauen einen „schlechten Stand“. So seien sie die primäre Ursache des Leidens, außerdem, karmisch bedingt, prinzipiell minderwertige und üble Wesen, die aufgrund schlechter Gewohnheiten und Taten aus der Vergangenheit in die niedere Form der Frau wiedergeboren wurden.

Ein weiterer interessanter Teil des Kalachakra-Tantras ist der darin enthaltende Shambhala-Mythos. Shambhala - so eine der vielen Interpretationen - sei ein geheimnisvolles Königreich irgendwo in Indien, geführt von arischen Übermenschen/Gottheiten, dessen Krieger nur darauf warten würden, die alles entscheidende Endschlacht zu führen, so eine Art "buddhistischer Djihad", so dass das „goldene Zeitalter“ beginnen könne. Ein rein buddhistisches Paradies auf Erden - die weltweite Buddhokratie.

Hinter der von ihm hoch gehaltenen Botschaft von Frieden und Toleranz verbirgt sich bei näherer Betrachtung eine durch und durch unfriedliche und undemokratische Praxis. Einerseits ist das so genannte geistige und politische Oberhaupt der Tibeter nie demokratisch gewählt worden. Als kleiner Junge wurde er auf Grund eines okkultistischen Rituals zum Staatsoberhaupt erkoren. Zum anderen billigte der „gewaltfreie“ Dalai Lama den von 1958 bis 1973 gegen die Chinesen geführten bewaffneten tibetischen Untergrundkampf und begrüßte die indische Atombewaffnung

Das „alte Tibet“ vor 1950 war alles andere als idyllisch. Unter der feudalen Herrschaft der Lamas, der buddhistischen Priester, lebte die brutal ausgebeutete Bevölkerung in bitterster Armut und wurde durch grausamste Strafen für kleinste Vergehen bei der Stange gehalten.

Auch Kontakte zu rechten Gruppen und Sekten werden dem 14. Dalai Lama immer wieder nachgesagt. So soll er Verbindungen zu Alt-Nazis wie Heinrich Harrer [SA-Mann seit 1933 und SS-Oberscharführer], zum letzten Überlebenden der „SS-Expedition Schäfer“ SS-Hauptsturmführer Bruno Beger [†1998] oder mit dem Vordenker des „Esoterischen Hitlerismus“ und ehemaligen Führer der „Nationalsozialistischen Partei“ in Chile Miguel Serrano gepflegt haben.

Aber auch Treffen mit dem AUM-Sektenführer Shoko Asahara [japanischer Terrorist und Hitler-Verehrer] streitet der Dalai Lama nicht ab. So soll er sich sogar bei der japanischen Regierung dafür eingesetzt haben, dass die AUM-Sekte einen „wohlverdienten steuerbefreiten Status“ und „gebührende Anerkennung“ erhält.

Darüber hinaus vertritt der Dalai Lama eine doch etwas harte Form der Kindererziehung. So bezeichnet er den Einsatz von [elterlichen] Schlägen als durchaus hilfreich und nicht schädlich für das Kind. Um monastischen Nachwuchs heranzuziehen, werden immer noch kleine Jungen [oft schon im Alter von zwei bis drei Jahren] ihren Eltern weggenommen bzw. von diesen „weggegeben“, um in einer patriarchalen, repressiven Klosterwelt zu Mönchen ausgebildet zu werden. Dabei werden sie gezielt mit morbiden und blutrünstigen Dämonen-, Monster- und Folterkulten in die dunklen Seiten des Buddhismus eingeführt.

Das sind nur einige der Dinge, die in den letzten Jahren immer mehr in die Öffentlichkeit gelangten und die Person Tenzin Gyatso nicht mehr in dem positiven Licht dastehen lassen, wie ihn seine AnhängerInnen gerne sehen.

Redemanuskript der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Christiane Schneider der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft auf der Bürgerschaftssitzung am 2. April 2008 in der Aktuellen Stunde zum Thema "Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet"

Eine Schwarz-Weiß-Zeichnung der schrecklichen Ereignisse in Tibet und eine einseitige Parteinahme ist weder angemessen noch hilfreich. Ich möchte deshalb mehr Anstrengungen auf eine differenzierte Stellungnahme verwenden ...

Mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele hat die chinesische Regierung, wenn auch immer noch in deutlichen Grenzen, den Kurs der Öffnung verstärkt. Jetzt, kurz vor Beginn der Spiele, richtet sich das Interesse der Weltöffentlichkeit mehr denn je auf die Verhältnisse in China. Angesichts der blutigen Auseinandersetzung in Tibet stehen die Entwicklungsprozesse in diesem bevölkerungsreichsten Land auf dem Prüfstand. Das gilt natürlich vor allem die Regierung und die staatlichen Institutionen. Aber das gilt auch für die Oppositionskräfte. Dazu einige Bemerkungen.

Die VR China hat sich aus der Erniedrigung kolonialer Abhängigkeit durch das imperialistische Ausland durch einen langen Krieg befreien müssen. Die nationale Unabhängigkeit und damit verbunden die staatliche Einheit gehören zum Grundkonsens der Volksrepublik, deren Erschütterung unabsehbare Konsequenzen hätte.

Die Modernisierung des Landes hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Nirgendwo anders ist es auch nur annähernd in dem Ausmaß wie in China gelungen, die extreme Armut zu reduzieren. Zweifellos ist die Modernisierung an dem Punkt angekommen, an dem Menschenrechte für jedermann – soziale und politische Menschenrechte! – und an dem politische Rechte für die Opposition nicht nur zur Debatte stehen, sondern unabweisbar aktuell und einzulösen sind. Die staatlichen Institutionen müssen, das gilt auch für Tibet und im aktuellen Konflikt, die Menschenrechte einhalten. Dieser Forderung schließen wir uns uneingeschränkt an.

Aber ähnlich, wie die regierende Macht sich der kritischen Weltöffentlichkeit stellen muss, müssen das auch die Oppositionsbewegungen. Was in Tibet in den letzten Wochen genau geschehen ist, wodurch die Ereignisse ausgelöst wurden, welcher Dynamik sie unterlagen, das ist bisher nicht genau bekannt.

Unbestritten ist, dass die Modernisierungspolitik nicht nur, aber eben auch in der autonomen Region Tibet zu erheblichen Verwerfungen geführt bzw. sie verstärkt hat. Nach wie vor sind große Teile der Tibeter von der Entwicklung ausgeschlossen. Unterdrückung und kulturelle Diskriminierung in vielen Bereichen, im Beschäftigungssektor, bei der Bildung, der Versorgung mit Wohnraum oder der Gesundheitsversorgung, bestimmen in erheblichem Maß die Situation der Tibeter und zählen, das ist unstrittig, zu den auslösenden Faktoren der aktuellen Auseinandersetzung.

Aber auf der anderen Seite müssen sich auch die tibetischen Religionsführer, das tibetische Mönchtum, das die Oppositionsbewegung offensichtlich anführt und, so scheint es, auch die Initiative ergriffen hat, der Fragen stellen, welchen Kurs sie bei der Modernisierung, der Beseitigung von Armut und nicht zuletzt der Verwirklichung der Menschenrechte steuern. Die Weltgesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten keine guten Erfahrungen mit Religionsführern gemacht, die sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Opposition in die Politik mengten. (z.B. Khomeini)

Wir wissen alle, was Nationalismus anrichten kann, der zur Religion überhöht wird bzw. sich religiös aufrüstet. Über religiöse Offenbarung kann nicht diskutiert werden. Ein Staat, der auf religiöser Offenbarung aufgebaut ist, versperrt sich demokratischen Verfahren der Willensbildung. Auf einen solchen Abweg können, wie die Geschichte gezeigt hat, auch sozialistische Bewegungen geraten, wenn sie sich als Heilsbewegungen missverstehen.

Man kann sagen, dass in der chinesischen Gesellschaft die politische Gesinnung wie ein Bekenntnis gehandhabt wurde und wird. Im Modernisierungsprozess der VR China kommt es darauf an, die Verpflichtung auf ein politisches Bekenntnis zu lösen, um zu einem toleranten Meinungsstreit auf der Basis von Meinungsfreiheit zu kommen.

Gerade darin, in der Trennung der Politik vom Bekenntnis, besteht geschichtlich und analytisch eine wesentliche Grundlage der politischen Menschenrechte. Diese beinhalten die Freiheit zum Bekenntnis, aber auch die Freiheit von Bekenntnis. Die Haltung der tibetischen Religionsführer ist hier unklar. Mir persönlich ist die verbreitete Verehrung für den Dalai Lama hierzulande immer unverständlich geblieben. Die Figur – ich rede hier nicht von

der Person, sondern von der Rolle – des Dalai Lama verkörpert die Einheit von religiösem und politischem Oberhaupt. Sie symbolisiert damit die Vergottung von politischer Macht (wie früher der Kaiser von China, „Sohn des Himmels“) und damit etwas durch und durch Vor-Demokratisches. Die Annahme, dass der tibetische Buddhismus als politische Staatsreligion herrschen könne ohne Gefahr für die Menschenrechte, ist zumindest naiv. In diesem Zusammenhang beunruhigen die in der Washington Post vom 27.3. dokumentierten Augenzeugenberichte von Touristen und andere Nachrichten von pogromartigen Ausschreitungen gegen die chinesische Bevölkerungsgruppe in Tibet. Die tibetische Oppositionsbewegung muss sich fragen lassen, wie sie Derartiges zukünftig ausschließen will.

Die Voraussetzungslosigkeit, mit der die GAL „Solidarität mit Tibet“ fordert, teile ich deshalb nicht. In wirklich jeder Beziehung gilt, dass die Menschenrechte unteilbar sind.

www.linksfraktion-hamburg.de

»Schwarzweißmalerei lehne ich ab«

Auch die tibetische Opposition muß sich Fragen nach Menschenrechtsverletzungen gefallen lassen. Ein Gespräch mit Christiane Schneider

Andreas Grünwald

Der Forderung der Grünen, sich mit Tibet und dem Dalai Lama solidarisch zu erklären, haben Sie am Mittwoch in der Bürgerschaft widersprochen. In den Medien werden Sie dafür nun als jemand gegeißelt, der in »kalter kommunistischer Kadersprache« Menschenrechtsverletzungen billige. Was haben Sie tatsächlich gesagt?

Daß ich Schwarz-Weiß-Zeichnungen der schrecklichen Ereignisse und die darauf beruhende Voraussetzungslosigkeit, mit der die Grünen-Fraktion »Solidarität mit Tibet« forderte, ablehne. Die Forderung, Menschenrechte einzuhalten, richtet sich selbstverständlich in erster Linie an den Staat. Doch im weiteren gilt das auch für die Opposition. Fakt ist, daß es Augenzeugenberichte und Nachrichten gibt, wonach es bei den Protesten zu pogromartigen Ausschreitungen gegen chinesische Bewohner Tibets kam. Da wurden Geschäfte geplündert, Menschen zusammengeschlagen, nur weil sie Han-Chinesen sind, Häuser – mitsamt ihrer Bewohner – in Brand gesetzt. Deshalb muß sich auch die tibetische Oppositionsbewegung die Frage gefallen lassen, wie sie denn Menschenrechtsverletzungen künftig ausschließen will.

In den Medien wird behauptet, Sie würden den Dalai Lama auf eine Stufe mit dem iranischen Revolutionsführer Ajatollah Khomeini stellen.

Das entspricht nicht den Tatsachen. Ich habe lediglich ausgeführt, daß es mit Religionsführern, die sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Opposition in politische Prozesse einmischen, weltweit keine guten Erfahrungen gibt. Nur in diesem Zusammenhang habe ich den Namen von Khomeini erwähnt. Es ging mir um dieses grundsätzliche Problem, nicht um einen Vergleich oder die Gleichsetzung der Personen.

Warum lehnen Sie die Vermischung von Religion und Politik so grundsätzlich ab?

Jede Religion erfordert ein Bekenntnis. Ein Staat, der auf der Grundlage von Bekenntnissen aufgebaut ist, versperrt sich demokratischen Willensbildungsprozessen, weil keine Meinungsfreiheit herrscht, sondern ein Bekenntnis gefordert wird. Daß sich Politik vom Zwang zum Bekenntnis lösen muß, ist ja historisch wie auch analytisch eine Grundlage der Menschenrechte. Denn die beinhalten die Freiheit zum Bekenntnis ebenso wie die Freiheit vom Bekenntnis. Die Haltung des Dalai Lama hierzu ist völlig unklar. Auch die sozialistische Bewegung hat damit schlechte Erfahrungen gemacht.

Gegängelt fühlen sich viele Tibeter heute aber nicht vom Dalai Lama, sondern von der chinesischen Regierung.

Daß es im Tibet Unterdrückung, kulturelle Diskriminierung und eine Benachteiligung von Tibetern auf vielen Gebieten gibt, kann nicht bestritten werden. Ebensowenig wie die Tatsache, daß die Politik der Modernisierung nicht nur, aber eben auch in der autonomen Region Tibet zu erheblichen Verwerfungen, zu einem Anstieg der Armut, zum Ausschluß von Entwicklung für viele Menschen führt. Der Forderung, solche Menschenrechtsverletzungen einzustellen, schließen wir uns uneingeschränkt an.

Obwohl Tibet seit 1253 zu China gehört, wird in der deutschen Öffentlichkeit immer so getan, als sei früher ein unabhängiger Staat gewesen. Diese Unabhängigkeit sei nun wieder herzustellen. Wie sehen Sie das?

Die Volksrepublik China hat sich aus kolonialer Abhängigkeit durch einen langen Krieg befreien müssen. Die nationale Unabhängigkeit und die damit verbundene staatliche Einheit gehören zum Grundkonsens der Volksrepublik. Dessen Erschütterung hätte unabsehbare Konsequenzen. Nicht nur für China, sondern für die gesamte Region. Es ginge nicht ohne Gewalt und wäre ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Bis zum Abtritt des Dalai Lama waren fast 90 Prozent aller Tibeter Leibeigene oder Sklaven. Angenommen, der tibetische Buddhismus käme erneut an die Macht. Was hieße das für Tibet?

Das vermag ich nicht zu beurteilen. Gerechtfertigt ist aber die Forderung, daß auch die tibetischen Religionsführer und die Oppositionsbewegung die Frage beantworten müssen, welchen Kurs sie denn bei der Modernisierung, gegen Armut und für die Verwirklichung sozialer und politischer Menschenrechte steuern würden.

Ahnungslose Schwärmerei

Mönchischer Terror auf dem Dach der Welt. Teil I: Die Begeisterung für den Dalai Lama und den tibetischen Buddhismus

Colin Goldner

Zwischen drei- und fünfhunderttausend Anhänger soll der Buddhismus seit Anfang der 1990er Jahre allein im deutschsprachigen Raum gefunden haben. Vor allem in ihrer tibetischen Variante scheint die »Lehre des Buddha« dem aktuellen Zeitgeist sehr zu entsprechen: Die Zahl der Sympathisanten für den sogenannten Vajrayana-Buddhismus, als dessen Oberhaupt der Dalai Lama firmiert, geht in die Millionen. Wesentlicher Grund hierfür ist die Dauerpräsenz »Seiner Heiligkeit« in den Boulevard- und Yellow-Press-Medien, über die das Interesse an »östlicher Spiritualität« bedient und ständig erweitert wird.

Vor allem innerhalb der Esoterik- und Psychoszene gilt tibetischer Buddhismus bzw. das, was man davon weiß oder dafür hält, als übergeordnete »spirituelle Leitlinie«. Ernsthafte Auseinandersetzung gibt es in dieser Szene freilich nicht, die oberflächliche Kenntnis von ein paar Begriffen und ein »Gefühl« für die Sache reichen völlig aus, sich »zugehörig« vorzukommen. Vielfach versteht man sich dann schon als »engagierter Buddhist«, wenn man einen »Free-Tibet«-Aufkleber auf dem Kofferraumdeckel spazierenfährt.

Für viele steht und fällt die Begeisterung für tibetischen Buddhismus in der Tat mit der Figur des Dalai Lama. Das weltweit hohe Ansehen, das »Seine Heiligkeit« quer durch sämtliche politischen und weltanschaulichen Lager genießt, ist trotz aller Kritik, die seit geraumer Zeit gegen ihn vorgebracht wird – von seinen freundschaftlichen Kontakten zu alten und neuen Nazis hin zu seinen eklatant frauen- und homosexuellenfeindlichen Positionen –, völlig ungebrochen. Nach wie vor gilt er als Symbolfigur für Friedfertigkeit, Güte und in unendlicher Weisheit ruhende Gelassenheit. Seine Verlautbarungen gelten als Wahrheit schlechthin. Derlei verklärende Sicht auf den Dalai Lama ebenso wie auf das »alte Tibet«, das dieser repräsentiert, basiert wesentlich auf eklatanter Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten.

Shangri-La?

Das Bild des »alten Tibet«, wie es, verbreitet über unzählige Bücher und Schriften, heute im Westen geläufig ist, zeigt das eines Paradieses auf Erden – des mythischen Shangri-La –, das den Menschen ein glückliches und zufriedenes Leben in Einklang mit sich selbst, mit der Natur und den Göttern zu führen erlaubt habe. Laut Dalai Lama sei dies dem fortwährenden Einfluß des Buddhismus zu verdanken gewesen, durch den eine »Gesellschaft des Friedens und der Harmonie« entstanden sei.

Die moderne Geschichtsschreibung weiß indes längst, daß Tibet bis zur Invasion der Chinesen keineswegs die paradiesische Gesellschaft war, die der Dalai Lama ständig beschwört. Für die große Masse der Bevölkerung war das »alte Tibet« tatsächlich eben jene »Hölle auf Erden«, von der in der chinesischen Propaganda immer die Rede ist; das tibetische Volk aus diesem Elend zu befreien, wurde beim Einmarsch von 1950 als Legitimation und revolutionäre Verpflichtung angesehen.

Die herrschende Mönchselite beutete Land und Menschen mit Hilfe eines weitverzweigten Netzes von Klostereinrichtungen und monastischen Zwingburgen gnadenlos aus. Der relativ kleinen Ausbeuterschicht – ein bis eineinhalb Prozent – stand die Mehrheit der Bevölkerung als »Leibeigene« beziehungsweise »unfreie Bauern« gegenüber. Die Steuer- und Abgabenlasten, die diesen Menschen aufgebürdet wurden, drückten sie unter die Möglichkeit menschenwürdiger Existenz. Bitterste Armut und Hunger durchherrschten den Alltag in Tibet. Es gab außerhalb der Klöster keinerlei Bildungs-, Gesundheits- oder Hygieneeinrichtungen. Privilegierte beziehungsweise benachteiligte Lebensumstände wurden erklärt und gerechtfertigt durch die buddhistische Karmalehre, derzufolge das gegenwärtige Leben sich allemal als Ergebnis angesammelten Verdienstes respektive aufgehäufter Schuld früherer Leben darstelle.

Das tibetische Strafrecht zeichnete sich durch extreme Grausamkeit aus. Zu den bis weit in das 20. Jahrhundert hinein üblichen Strafmaßnahmen zählten öffentliche Auspeitschung, das Abschneiden von Gliedmaßen, Herausreißen der Zungen, das Abziehen der Haut bei lebendigem Leibe und dergleichen.

Revolutionäre Verpflichtung

Der theokratische Feudalismus Tibets bestand in seiner bis 1950 herrschenden Form seit Mitte des 17. Jahrhunderts, als es der militanten buddhistischen Sekte der Gelbmützen mit Hilfe der Mongolen gelungen

war, sämtliche innenpolitischen Gegner auszuschalten. Der seinerzeitige Anführer der Gelbmützensekte, bekannt als der »Große Fünfte Dalai Lama«, erklärte sich in der Folge zur höchsten geistlichen und weltlichen Autorität des Landes. Obwohl Tibet 1720 dem Militärprotektorat der Mandschu zugeordnet wurde und ab 1793 vollends zum Vasallenstaat Chinas geworden war, behielt das Regime der Lamas nach innen uneingeschränkte Macht.

Solange der chinesische Kaiserhof über die erforderliche Stärke verfügte, war China – einschließlich seines tibetischen Protektorats – vom Rest der Welt fast vollständig abgeschottet geblieben. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts drängten indes mit England und Frankreich militärisch hochgerüstete Westmächte in den ostasiatischen Raum, deren aggressivem Zangengriff das alte China wenig entgegenzusetzen hatte; das Mandschu-Reich zerbröckelte rapide. Durch die Niederlage Beijings im chinesisch-japanischen Krieg von 1894 wurde der Zerfall des Mandschu-Reiches weiter vorangetrieben. Mit der formalen Abdankung Pu-Yis, des letzten chinesischen Kaisers, im Februar 1912 war es endgültig zerbrochen.

Am 14. Februar 1913, so zumindest wird der Sachverhalt kolportiert, habe der seinerzeitige 13. Dalai Lama die Unabhängigkeit Tibets verkündet. Unbeeindruckt von dieser »Proklamation« beharrte die neue republikanische Regierung Chinas auf ihrem – sozusagen aus dem Kaiserreich ererbten – Hoheitsanspruch. Die völkerrechtlich relevante Frage, ob Tibet zwischen 1913 und 1951 einen eigenständigen und unabhängigen Staat darstellte oder nicht – es ist diese Frage in Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der chinesischen Invasion von 1950 von entscheidender Bedeutung – läßt sich nicht mit letzter Sicherheit klären. Die UNO, die als einzige Körperschaft solche Klärung vornehmen könnte, hat sich der Frage tibetischer Souveränität zu keinem Zeitpunkt angenommen.

Neben dem aus der Geschichte hergeleiteten Selbstverständnis der Volksrepublik China, demzufolge Tibet seit jeher – spätestens seit 1720 – als untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums gilt, wird der Einmarsch von 1950 noch durch weitere Faktoren legitimiert; deren entscheidender war der Anspruch, das tibetische Volk von einem doppelten Joch zu befreien: zum einen aus dem imperialistischen Machtansprüche vor allem Großbritanniens und der USA, zum anderen aus dem der feudalistischen Leibeigenschaft einer Ausbeuterclique aus Adel und Gelbmützen-Klerus. Die »Befreiung« Tibets war für die Truppen Maos nicht nur logische Konsequenz, sondern revolutionäre Verpflichtung gewesen.

Ab Mitte der 1950er Jahre wurde in Tibet mit Hilfe der CIA ein großangelegter Untergrundkampf gegen die Chinesen geführt. Zwei der Brüder des Dalai Lama organisierten von Indien beziehungsweise den USA aus den Guerillakrieg. Im Frühjahr 1959 verließ der Dalai Lama selbst – von langer Hand und mit Hilfe der CIA vorbereitet – Lhasa und begab sich ins indische Exil. Es folgten ihm bis Ende des Jahres rund 30000 Tibeter, bis heute haben rund 120000 Tibeter ihren Wohnsitz im Ausland genommen.

Die insbesondere im Zuge der Kulturrevolution in den 1960er Jahren von der Volksbefreiungsarmee in Tibet verübten Gewalt- und Zerstörungsakte sind durch nichts zu rechtfertigen und zu entschuldigen. Gleichwohl ist den exiltibetischen Verlautbarungen und denen der internationalen Tibet-Unterstützerszene prinzipiell zu mißtrauen: Sie sind, sofern sie nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, in der Regel heillos übertrieben oder beziehen sich auf längst nicht mehr aktuelles Geschehen. Die Behauptung der Exilregierung des Dalai Lama, das »tägliche Leben der Tibeter im eigenen Land« sei bestimmt durch »Folter, psychischen Terror, Diskriminierung und eine totale Mißachtung der Menschenwürde« ist reine Propaganda zur Sammlung von Sympathiepunkten beziehungsweise Spendengeldern; es spiegeln solche Anwürfe nicht die gegenwärtige Realität Tibets wider. Auch die Anwürfe von Zwangsabtreibungen und flächendeckender Sterilisierung tibetischer Frauen, von Überflutung des Landes durch chinesische Siedler, von systematischer Zerstörung des tibetischen Kulturerbes entsprechen nicht den Tatsachen.

Die Dalai Lamas als »Gottkönige« Tibets sind demokratisch durch nichts legitimiert; sie werden, ebenso wie die sonstigen Großlamas, aufgrund astrologischer und sonstiger Zufallsdeutungen von den Gelbmützen für ihre Rolle ausgewählt. Auch der gegenwärtige Dalai Lama, der sich als vierzehnte Wiedergeburt seiner Amtsvorgänger und letztlich als Emanation der höchsten Gottheit auf dem Dach der Welt, des elf-, gelegentlich auch sechzehnköpfigen und tausendarmigen Chenrezig vorkommt, wurde als Zweieinhalbjähriger auf solchem Wege ausfindig gemacht. Bis heute hat er sich, trotz allen Demokratisierungsgeredes, noch nicht einmal in den exiltibetischen Kommunen durch eine Wahl oder Volksabstimmung legitimieren lassen.

Kollektiver Wahn

Die Doktrin der Gelbmützensekte ist ein abstruses Konglomerat aus Geister- und Dämonenglauben, verbunden mit menschenunwürdigen Unterwerfungsritualen. Wie jede Religion basiert sie wesentlich auf raffiniert und gezielt geschürter Angst vor dem Jenseits. Horrende Monster-, Vampir- und Teufelsvorstellungen durchziehen

die Lehre des tibetischen Buddhismus. Wer die Gebote der Lamas nicht befolge, finde sich unweigerlich in einer der sechzehn Höllen wieder. Eine davon bestehe aus einem »stinkenden Sumpf von Exkrementen«, in dem man bis zum Hals versinke; zugleich werde man »von den scharfen Schnäbeln dort lebender riesiger Insekten bis aufs Mark zerfressen und zerpickt«. In anderen Höllen wird man verbrannt, zerschlagen, zerquetscht, von Felsbrocken zermalmt oder mit riesigen Rasiermessern in tausend Stücke zerschnitten. Und das, über Äonen hinweg, immer wieder aufs neue. Was derlei pathologischer Karmawahn in den Köpfen einfach strukturierter, ungebildeter Menschen anrichtet – ganz zu schweigen von den Köpfen drei- oder vierjähriger Kinder, die man damit vollstopft –, läßt sich nur mit Schauern erahnen.

Systematisch werden durch den tibetischen Buddhismus geistes- und seelenverkrüppelte Menschen herangezüchtet. Wesentlicher Bestandteil des Ritualwesens, zu dem auch verschiedenste – in der Regel zutiefst frauenverachtende – Sexualpraktiken zählen, ist die Einnahme »unreiner Substanzen«. Dazu gehören die »Fünf Arten von Fleisch« (Stier-, Hunde-, Elefanten-, Pferde- und Menschenfleisch) sowie die »Fünf Arten von Nektar« (Kot, Gehirn, Sexualekret, Blut und Urin). Als tieferer Grund für derlei tantrische Riten gilt die zu erwerbende Erkenntnis, daß »kein Ding an sich rein oder unrein ist und alle Vorstellungen von solchen Gegenständen lediglich auf falscher Begrifflichkeit beruhen«.

Opfer solch kollektiven Wahngeschehens ist eine ganze Gesellschaft, die seit Jahrhunderten unter dem Joch dieses von Mönchsgeneration zu Mönchsgeneration weitergegebenen Irrsinns steht. Opfer sind letztlich aber auch die Mönche und Lamas selbst, die, abgerichtet seit frühester Kindheit und jeder Chance auf eigenständiges Denken und Handeln beraubt, das psychopathische Wahnsystem, in dem sie sich bewegen, nicht als solches erkennen können; die, ganz im Gegenteil, ihr verbogenes und verkrüppeltes Selbstverständnis, ihre tantrischen Kot- und Blutrituale für einen Ausdruck höheren Bewußtseins halten, unabdingbar auf dem »Weg zur Erleuchtung«.

Längst ist im übrigen erwiesen, daß die Sexualpraktiken, deren die tibetischen Lamas sich befleißigen, keineswegs nur visualisiert sind, wie sie behaupten. Seit je werden hierzu ganz reale Mädchen und Frauen herangezogen. Entscheidend, so der Dalai Lama in interner Verlautbarung, sei es, sich vor dem Fehler des Samenergusses zu hüten, denn: »ohne Ejakulation ist es kein Sex, auch wenn es so aussieht«. Komme es dennoch zum »Auswurf des Spermas«, solle man dieses aus der Vagina der »Weisheitsgefährtin« herauschlürfen. Das Mönchsgebot der Enthaltensamkeit bleibe so gewahrt.

Merkwürdige Freunde

Nach wie vor viel zu wenig bekannt sind die Kontakte des Dalai Lama zu alten und neuen Nazis. Damit ist noch nicht einmal seine Freundschaft zu Heinrich Harrer gemeint, der als SA-Mann und späterer SS-Oberscharführer überzeugter Nazi gewesen war (auch wenn er das bis zu seinem Tod Anfang 2006 abstritt). 1939 war Harrer im Zuge einer SS-Bergsteiger-Expedition zum Nanga Parbat in Nordindien (heute Pakistan) in britische Kriegsgefangenschaft geraten, aus der er 1944 nach Tibet entfliehen konnte. Anfang 1950 lernte er den damals 15jährigen Dalai Lama kennen, dem er in der Folge mehr oder minder regelmäßigen Englisch- und Geographieunterricht erteilte. Im November 1950 verließ Harrer Lhasa, seine vielgerühmte Tätigkeit als »Lehrer und Vertrauter des Gottkönigs« hatte etwas mehr als ein halbes Jahr gedauert.

Gemeint sind vielmehr die freundschaftlichen Kontakte, die der Dalai Lama im Exil zu den Mitgliedern der SS-Expedition Ernst Schäfer pflegte, die 1938/39 in Lhasa zugange war. Die Nazis, Himmler vorneweg, hatten größtes Interesse an Tibet gehegt, wo man, basierend auf den theosophischen Schriften Helena Blavatskys, das Hirngespinnst verfolgte, es hätten Überlebende des untergegangenen Kontinents Atlantis im tibetischen Hochland sagenhafte unterirdische Reiche geschaffen, in denen ihr uraltes höheres Wissen bewahrt würde. Insofern wähte man auch den Ursprung der »nordischen Rassenseele« in Tibet beheimatet. Selbstredend gab es auch handfestes politisches beziehungsweise militärisches Interesse an »Innerasien«. In den Kinos wurden ständig irgendwelche Tibet-Filme gezeigt, es gab zahllose Ausstellungen und Veröffentlichungen zum »Dach der Welt«. Das heutige große Interesse an Tibet hat, wenn auch mit anderen Vorzeichen, seine Wurzeln mithin in der flächendeckenden Tibet-Propaganda der Nazis.

Der Dalai Lama, dessen Regent Reting Rinpoche im Jahre 1939 die Schäfer-Delegation offiziell im Potala empfangen und mit einem Freundschaftsschreiben an den »trefflichen Herrn Hitler, König der Deutschen« versehen hatte, weigert sich bis heute, irgendwelche Auskunft zu den damaligen Unterredungen zu geben. Bis in die 1990er Jahre hinein pflegte er statt dessen regen Kontakt zum letzten Überlebenden der Expedition von 1939, zu dem 1998 verstorbenen SS-Hauptsturmführer Bruno Beger, der 1971 als Nazikriegsverbrecher (»Rassenspezialist von Auschwitz«) verurteilt worden war, aber nur kurze Zeit abzusitzen hatte. Man traf einander oftmals zu persönlichen Gesprächen, jeweils in herzlichster Atmosphäre.

Gemeint sind desweiteren die Begegnungen des Dalai Lama mit Miguel Serrano, dem Vorsitzenden der »Nationalsozialistischen Partei« Chiles. Serrano, ehemals Botschafter Chiles in Österreich, gilt als Vordenker des sogenannten Esoterischen Hitlerismus. In seinen Publikationen halluziniert er, der »Führer« sei nach wie vor am Leben und plane von einer unterirdischen Basis in der Antarktis aus, mittels einer gigantischen Flotte von UFOs die Weltherrschaft zu erringen. Gemeint sind vor allem auch die Kontakte des Dalai Lama zu dem japanischen Terroristen und Hitler-Verehrer Shoko Asahara, den er mehrfach und in allen Ehren in Dharamsala empfing. Er stattete Asahara mit zwei hochhoffiziellen Empfehlungsschreiben aus, die wesentlich zum Aufstieg der AUM-Sekte zu einer der gefährlichsten Terrorgruppen beitrugen, die es jemals gegeben hat. Die U-Bahn-Attentate in Tokio vom 20. März 1995 – es hatte seinerzeit zwölf Tote und über 5000 teils Schwerstverletzte gegeben – waren nur das Vorspiel zu einem geplanten Massenmord an 20 Millionen Menschen gewesen: Die Sekte plante, die gesamte Einwohnerschaft Tokios mit Botulismusbakterien auslöschen, womit Asahara seinen Anspruch als buddhokratischer Weltendiktator zu unterstreichen beabsichtigte. Zu einer klaren Verurteilung seines »spirituellen Freundes« konnte der Dalai Lama sich bis heute nicht durchringen.

Inhärente Existenz

Nach Deutschland kommt »Seine Heiligkeit« offenbar besonders gerne. Im zurückliegenden Jahr war er gleich dreimal da: Im Frühsommer wurde ihm eine besondere Ehrung durch die Bild-Zeitung zuteil, die ihren langjährigen Werbeaugust mit einem hauseigenen Preis auszeichnete, im Sommer führte er den Vorsitz einer buddhistischen Unterweisungswoche in Hamburg, und im Herbst reiste er an, um die Ehrendoktorwürde der Universität Münster entgegenzunehmen. Bei jedem seiner Auftritte überschlugen sich die Medien fast vor Begeisterung, ungeachtet dessen, ob er nun alberne Kalendersprüche abließ über das »wahre Glück«, das nur zu erlangen sei, wenn man es wirklich wolle oder sich in pseudophilosophischen Abstrusitäten erging: »Daß Erscheinungen unter letztgültiger Analyse nicht gefunden werden können, zeigt an, daß sie nicht wirklich existieren. Da sie leer sind in bezug auf die konkrete Existenzweise, in der sie erscheinen, ist klar, daß sie im Kontext und Wesen der Leere in bezug auf inhärente Existenz existieren. Daß etwas nicht gefunden werden kann, heißt also, daß es nicht nicht existiert, sondern daß es nicht wirklich existiert.« Derlei Erkenntnis, so die große Leuchte der Weisheit, sei freilich nicht innerhalb eines einzelnen Menschenlebens zu gewinnen. Es bedürfe Tausender aufeinanderfolgender Leben, um in solch schwindelnde Höhen des Geistes vorzudringen.

Von Münster aus ging es nach Wiesbaden zu einem Besuch von Tibetfreund Roland Koch, dann nach Berlin, wo ein »privater Meinungs-austausch« mit Bundeskanzlerin Angela Merkel anberaumt war. Sonderlob für dieses Treffen gab es von Horst Köhler und von der FDP. Auch die NPD entdeckte Gemeinsamkeiten: die »klar nationalistischen Positionen« des Führers vom Dach der Welt seien beispielgebend. Die Kanzlerin hätte besser nicht nur die spirituellen, sondern auch die politischen Ansichten des Dalai Lama studieren sollen. Dieser hat im übrigen bislang nicht erklärt, ob er mit seinen völkischen »Tibet-den-Tibetern«-Parolen nur die Ausweisung von Han-Chinesen aus Großtibet im Auge hat oder ob auch nichttibetische Minderheiten wie Bai, Dengba, Hui, Lhoba, Monba, Mongolen, Naxi, Sherpa oder Uiguren aus dem Land getrieben werden sollen.

Colin Goldner ist Autor des Standardwerkes »Dalai Lama: Fall eines Gottkönigs«, das Ende April in aktualisierter und erweiterter Neuauflage im Alibri-Verlag Aschaffenburg erscheint.

Junge Welt, 26.03.2008

Die Gunst der Stunde

Mönchischer Terror auf dem Dach der Welt. Teil 2 (und Schluß): Krawalle im Vorfeld der Olympischen Spiele

Von Colin Goldner

Nichts kann China im Vorfeld der Olympischen Spiele weniger gebrauchen als schlechte Presse. Grund genug für den Dalai Lama, nach Kräften für ebensolche zu sorgen. Ende September letzten Jahres empfing er an seinem »Exilregierungssitz« im nordindischen Dharamsala hochrangige Vertreter der deutschsprachigen Minderheit Norditaliens (»Südtiroler«), die ihn über Mittel und Methoden erfolgreicher deutscher »Volkgruppen«-Politik unterrichteten. Schon bei seinem Besuch in Bolzano im Sommer 2005 hatte er erklärt, es habe »Südtirol für Tibet durchaus Vorbildcharakter«. Bekanntlich wurde die »Südtirol-Autonomie« in den 1960ern durch terroristische Anschläge herbeigebombt.

Motiviert durch die Südtiroler Delegation und mit ausdrücklicher Billigung des Dalai Lama wurde wenig später ein exiltibetischer Kampfverband gegründet – zusammengesetzt aus Mitgliedern des militanten »Tibetan Youth Congress«, der nicht weniger militanten »Gu-Chu-Sum Ex-Political Prisoners' Association« und dreier weiterer Organisationen –, dessen Ziel, eigenen Angaben zufolge, darin besteht, »direkte Aktionen« durchzuführen, »um Chinas illegale und brutale Besetzung unseres Landes zu beenden«. »Die Olympischen Spiele«, so der am 4. Januar 2008 offiziell als »Tibetan People's Uprising Movement«, kurz: TPUM, ausgerufene Verband, »werden den Höhepunkt von fast 50 Jahren tibetischen Widerstandes im Exil markieren. Wir werden diesen historischen Moment dazu nutzen, Chinas Kontrolle über Tibet zu erschüttern.« Daß es dabei auch und in erster Linie um gewaltsame Aktionen gehen sollte, stand von vornherein fest. Schon Ende der 1980er hatte eine exiltibetische Untergrundorganisation mit der Parole »Chinesische Häuser anzünden: Sabotage« für Panik unter chinesischen Siedlern gesorgt. Im Internet kursierten unmittelbar nach Bekanntwerden der TPUM-Erklärung erste Gerüchte über geplante Sabotageakte, Terroranschläge und Attentate.

Die TPUM-Hauptforderungen lauten: 1. bedingungslose Rückkehr Seiner Heiligkeit des Dalai Lama nach Tibet an seinen rechtmäßigen Platz als Führer des tibetischen Volkes; 2. sofortiger Abbau der chinesischen Kolonialherrschaft; 3. umgehende Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen in Tibet. Im übrigen verlange »das tibetische Volk«, daß »das Internationale Olympische Komitee die Olympischen Spiele 2008 in Beijing unverzüglich absagt«. Schon auf einer vor Jahresfrist in Brüssel veranstalteten »International Tibet Support Groups Conference«, zu der die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung eingeladen hatte, wurden die »Chancen für ein wirklich autonomes Tibet« ausgelotet, die sich mit den Olympischen Spielen im kommenden Jahr böten. Im Herbst 2007 lud der »Tibet-Gesprächskreis im Deutschen Bundestag« zu einer Talkrunde »Tibet und Olympia« ein. Die Diskussion drehte sich laut Veranstaltungsbericht »hauptsächlich um die Frage, ob die Olympischen Spiele einen Hebel bieten, mit dem die Tibetpolitik Chinas beeinflußt werden kann«.

Brandbomben in Krankenhäuser

Der Dalai Lama selbst ließ keine Gelegenheit ungenutzt, die angeblich »erneut zunehmende Unterdrückung des tibetischen Volkes« anzuprangern und damit die offen gewaltbereite Stimmung innerhalb des TPUM-Kampfverbandes anzuheizen. In seiner traditionellen Rede zum »Jahrestag des Volksaufstandes von 1959« am 11. März 2008 behauptete er wahrheitswidrig, die Chinesen machten sich fortgesetzt »zahlreicher, unvorstellbarer und grausamer Menschenrechtsverletzungen« in Tibet schuldig. Noch am selben Tag kam es in der nepalischen Hauptstadt Kathmandu zu gewalttätigen Ausschreitungen: mehr als 200 Mönche versuchten, die chinesische Botschaft im Stadtzentrum anzugreifen. Zeitgleich wurde von Dharamsala aus ein von langer Hand vorbereiteter Protestmarsch nach Lhasa auf den Weg gebracht. Der Marsch wurde allerdings nach wenigen Kilometern von indischer Polizei aufgelöst. Weitere TPUM-dirigierte Protestaktionen fanden in Neu-Delhi, San Francisco, New York, Marseille, Wien und andernorts statt, auch vor der Ausgrabungsstätte des historischen Olympia in Griechenland. Die Mehrzahl dieser Aktionen verlief friedlich.

Alles andere als friedlich verlief der Protest hingegen in Lhasa: Mit Schlagstöcken bewaffnete Mönchstrupps aus dem Kloster Drepung zogen am Abend des 11. März marodierend durch die Altstadt, skandierten antichinesische Parolen und schlugen Fensterscheiben von Häusern und Ladengeschäften ein. Die Polizei ging konsequent gegen den Rotkuttentmob vor und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Die gezielt provozierten Zusammenstöße der Drepung-Mönche mit der Polizei ließen die Gewalt auf die beiden anderen Großklöster des Lhasa-Tales und weitere Teile der Stadt überspringen: Polizei- und Feuerwehrfahrzeuge, aber auch öffentliche Busse und Privatautos wurden umgeworfen und angezündet, chinesische Häuser und Ladengeschäfte aufgebrochen, geplündert und in Brand gesteckt. Ganze Straßenzüge wurden verwüstet, Molotowcocktails flogen in Schulen,

Kindergärten und Krankenhäuser. Kursierende Gerüchte über den Opferselbstmord zweier Lamas ließen die Situation weiter eskalieren: Außer Rand und Band geratenene Mönchshorden brachen blutige Straßenkämpfe vom Zaun, an denen sich zunehmend auch entsprechend aufgepeitschte Jugendliche beteiligten. Es gab zahlreiche teils schwer Verletzte sowohl auf tibetischer als auch auf chinesischer Seite. Noch bevor nähere Informationen vorlagen, wurde von Tibet-Unterstützergruppen weltweit die chinesische Führung für den Ausbruch der Gewalt verantwortlich gemacht. Die Rede war vom »berechtigten und absolut friedfertigen Protest des tibetischen Volkes«, der von chinesischem Militär zusammengeknüppelt und niedergeschossen worden sei. Mehr als 100 Tibeter seien seit Beginn der Unruhen zu Tode gekommen. Gegen die ungeheure Brutalität der Chinesen habe es vereinzelte Gegenwehr gegeben, was die Bilder um sich schlagender Mönche und steinwerfender Jugendlicher erkläre.

In zahlreichen Ländern des Westens wurden »spontane« Solidaritätskundgebungen für den »tibetischen Freiheitskampf« veranstaltet. Auch die Tibet-Initiative Deutschland organisierte umgehend bundesweite Demonstrationen und Mahnwachen. US-Präsident Bush und Kanzlerin Merkel forderten Beijing zu sofortiger Einstellung aller Kampfhandlungen und zu umgehenden Gesprächen mit dem Dalai Lama als »spirituellem Oberhaupt der Tibeter« auf, der als einziger die »Tibetfrage« zu lösen imstande sei. Die tatsächliche Rolle des Dalai Lama, der mit seiner Rede zum 11. März die Lunte ans Pulverfaß des TPUM-Terrors gelegt hatte – auch an anderen Orten der Autonomen Region Tibet und in den Nachbarprovinzen Sichuan, Qinghai und Gansu kam es zu gezielten Übergriffen gegen Sicherheitskräfte und die chinesische Zivilbevölkerung –, wurde konsequent ausgeblendet. Desgleichen der Umstand, daß es sich keineswegs um einen »Volksaufstand« handelte, wie Dharamsala in steter Regelmäßigkeit wiederholte, sondern daß die Verwüstungen und Gewaltakte von relativ kleinen Tätergruppen verübt worden waren, die keineswegs Rückhalt in der tibetischen Bevölkerung fanden. Unerwähnt blieb auch, daß es neben dem Dalai Lama eine Vielzahl weiterer buddhistisch-religiöser Oberhäupter in Tibet und den Nachbarprovinzen gibt, die dessen Kurs nicht mittragen.

Die öffentliche Ordnung in Lhasa wurde durch massive Präsenz von Polizei und Militär auf den Straßen wiederhergestellt. Offiziellen Angaben zufolge gab es im Zuge der über mehrere Tage hinweg immer wieder auflodernden Ausschreitungen zehn Tote: Opfer vor allem der Brandbombenanschläge auf chinesische Häuser und Läden; ein junger Chinese wurde auf offener Straße totgeprügelt, ein anderer erstochen. Die Zahl der Verletzten lag bei über 600. Auch an den anderen Orten, an denen Protestkundgebungen und »direct actions« stattfanden, gab es Schwerverletzte und Tote. Wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte, seien insgesamt 22 Menschen zu Tode gekommen. Behauptungen des Dalai Lama, chinesisches Militär habe mehrfach in die Menge geschossen, wobei »mehrere hundert Tibeter getötet« worden seien, waren völlig aus der Luft gegriffen, waren aber dazu angetan, die Lage weiter anzuheizen. In zahlreichen Städten rund um den Globus verschärfte sich die Proteste der örtlichen Tibeter-Vereine und Tibet-Unterstützergruppen: in Sydney, Zürich und München kam es zu massiven Zusammenstößen zwischen Ordnungskräften und Pro-Tibet-Aktivisten.

Gleichschaltung

Der Dalai Lama und seine Verlautbarungsorgane setzten ihre Lügenpropaganda systematisch fort. In den bürgerlichen Westmedien wurden die frei Haus gelieferten Behauptungen aus Dharamsala ohne die geringste journalistische Distanz oder Gegenrecherche weiterverbreitet: von der »unmenschlichen Brutalität der chinesischen Machthaber«, den »grausamen Menschenrechtsverletzungen«, dem »Völkermord auf dem Dach der Welt«. Die bundesdeutschen Medien – offenbar hatte man noch den selbstangestimmten Jubel um den Hamburg-Besuch »Seiner Heiligkeit« im vergangenen Herbst im Ohr – erschienen komplett gleichgeschaltet: nirgendwo fand sich auch nur der leiseste Anflug von Kritik an der von Tibetern verübten Gewalt. Selbst im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurden die blindwütigen Horden junger Tibeter, die da randalierend, plündernd und Brände legend durch die Straßen zogen und auf jeden einprügelten, der nicht tibetisch genug aussah, als im Grunde friedliche Demonstranten dargestellt, die von einer brutalen Militärdiktatur an der Ausübung elementarster Rechte gehindert würden. Verfügbares Bildmaterial wurde entweder gar nicht gezeigt oder manipuliert bzw. mit falschen oder irreführenden Kommentaren versehen: Die Berliner Morgenpost beispielsweise drehte ihrer Leserschaft in der Ausgabe vom 16.3. ein Reuters-Foto als Szene der Verhaftung eines »Aufständischen« an, der »während der Revolte in Tibets Hauptstadt Lhasa von Sicherheitsbehörden abgeführt« worden sei. Tatsächlich zeigt das Bild einen verletzten Chinesen, der von einem Sanitäter in roter Helferuniform und einer weiteren Person in Zivilkleidung in Sicherheit gebracht wird. Nach massiver öffentlicher Kritik ruderte die Berliner Morgenpost halbherzig zurück: das Bild stamme aus einem Bericht des chinesischen Staatssenders CCTV, aus dem die Fotoagentur Reuters Standbilder entnommen und verbreitet habe. Reuters habe das Bild mit der Unterschrift versehen, hier werde ein Mann »eskortiert«. Von einem »Aufständischen« war indes bei Reuters ebensowenig die Rede wie von »Sicherheitsbehörden«, die diesen »abgeführt« hätten. Was soll's, so die Berliner Morgenpost im Verweis darauf, daß auch die Fotoagentur AFP das Bild falsch beschriftet hatte: »Eine absolute Wahrheit gibt es nicht«. Eine journalistische Sorgfaltspflicht

offenbar auch nicht. Der Nachrichtensender n-tv strahlte ein Video aus, in dem mit Schlagstöcken bewaffnete Ordnungskräfte bei einem Einsatz zu sehen sind, und suggerierte, es handle sich dabei um chinesisches Militär, das in Lhasa auf friedliche Tibeter einprügelt. Nur: die Bilder stammten gar nicht aus Lhasa, vielmehr zeigten sie nepalische Polizei, die gegen Randalierer in Kathmandu vorging. Auch auf RTL wurden die Szenen aus Kathmandu als Szenen aus Lhasa verkauft; desgleichen in der Bild-Zeitung, in der unter der Überschrift »Hunderte Tote bei schweren Unruhen in Tibet« ein Standfoto aus dem Kathmandu-Video zu sehen war. Den Höhepunkt verzerrender Berichterstattung lieferte indes das Internetportal der Hamburger Wochenzeitung Die Zeit mit einem Foto zweier chinesischer Armeefahrzeuge, von dem eine auf dem Original zu sehende Rotte steinewerfender Tibeter einfach weggeschnitten war. »Wer wird die Wahrheit über das Ausmaß der Repression nachweisen?« so Die Zeit (20.3.) in einem journalistischem Offenbarungseid, »jedenfalls nicht die Medien, weder die staatlich zensierten in China noch die freien westlichen«.

Nur sofortige und spürbare Sanktionen der »freien Welt«, so die einhellig propagierte Auffassung westlicher Kommentatoren, könnten die Chinesen in die Schranken weisen. Während in den Medien vor allem von verschärftem diplomatischem Druck die Rede war, der auf Beijing ausgeübt werden müsse – ein von Pro-Tibet-Gruppen verlangter Boykott der Olympischen Spiele wurde durchgehend ausgeschlossen –, brach sich in den Foren, Blogs und Chatrooms des World Wide Web eine abenteuerliche Mischung aus Gutmenschentum und jahrzehntelang gezüchtetem antichinesischem Ressentiment ihre Bahn: in Tausenden meist ebenso ignoranter wie selbstgerechter Einträge wurde neben konsequenter Konsumverweigerung chinesischer Exporterzeugnisse die demonstrative Nichtteilnahme an den »Völkermörder-Spielen« in Beijing gefordert: Es sei die »verdammte Pflicht und Schuldigkeit« des Westens, die chinesische Militärdiktatur zur Räson zu bringen, und das am besten über Schwächung ihrer Wirtschaft. Auch von der Erfordernis gezielter Sabotage war die Rede: Vielfach wurden die Spiele 2008 mit den Nazi-Spielen 1936 in Vergleich gesetzt, deren internationaler Boykott womöglich den Zweiten Weltkrieg verhindert hätte. Pro-Tibet-Aktivist Richard Gere schwang sich zum Wortführer einer »Boycott Beijing Olympics 2008«-Bewegung auf, der sich hiesige Moralprediger, Claudia Roth erwartungsgemäß vorneweg, postwendend anschlossen. Auch der Wiesbadener Moralexperte Roland Koch erwog eine Boykottempfehlung.

Historischer Freiheitskampf?

In zahllosen WWW-Postings wurde Verständnis und Sympathie für die – letztlich unabstreitbar von tibetischer Seite ausgehende – Gewalt geäußert, die, umstilisiert zum »heroischen Befreiungskampf eines seit 50 Jahren gnadenlos unterdrückten Volkes«, jede Unterstützung der »freien Welt« verdiene. Schuld an den Ausschreitungen trüge allemal Beijing, den Tibetern sei gar keine andere Wahl geblieben, als sich mit Gewalt zur Wehr zu setzen, was sie nun endlich täten. Wenn es dabei gelegentlich zu Gewaltexzessen komme, sei dies durchaus nachvollziehbar: Es entlade sich nur der »über Jahrzehnte aufgestaute Haß gegen die chinesischen Besatzer«. Bei YouTube eingestellte Handyvideos von Touristen, die den blanken Terror in Lhasa, Ngawa (Sichuan), Xiahe (Gansu) und andernorts dokumentierten, wurden in kürzester Zeit millionenfach angeklickt und mit Hunderttausenden von mehrheitlich protibetischen Kommentaren versehen. Alle Welt sprach von Tibet und seinem »verzweifelten Kampf um Freiheit«. Auch die westlichen Printmedien und TV-Nachrichten verlagerten sich zunehmend auf die Argumentationslinie, die Ausschreitungen seien zwar zu verurteilen, letztlich aber vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Unterdrückungspolitik Beijings verständlich und als »Ausdruck der Verzweiflung« (NZZ) oder »Schrei nach Freiheit« (Tagesspiegel) vielleicht sogar legitim.

Die TPUM-Strategie war voll aufgegangen, den »historischen Moment der Olympischen Spiele« zu nutzen, um über gezielt eingesetzte Gewalt »Chinas Kontrolle über Tibet zu erschüttern«. Die Springer-Presse (Welt) kommentierte den Straßenterror der TPUM in durchaus anerkennendem Unterton: »Die Palästinenser haben ihren Fall in den 60er- und 70er-Jahren vor allem mit Flugzeugentführungen und Terroranschlägen auf die internationale Agenda gesetzt. Auch die Protestanten in Nordirland haben gezeigt, daß Terror funktioniert. Es ist schwer vorstellbar, daß sie es ohne die Anschläge der IRA bis zur Beteiligung an der nordirischen Regierung gebracht hätten. Im Vergleich dazu hat sich die Lage der Tibeter eher verschlechtert als verbessert. Die Lehren, die Unabhängigkeitsbewegungen daraus ziehen werden, sind klar: Nur wenn man sich mit terroristischer Gewalt auf die Weltbühne bombt, wird man irgendwann als politischer Verhandlungspartner akzeptiert.«

Unterdessen konnte der Dalai Lama sich zurücklehnen und verkünden, China habe »als das größte Land der Welt ein Anrecht auf die Olympiade«. Die olympischen Regeln verlangten aber, daß im Gastgeberland der Spiele die Menschenrechte eingehalten würden. Da dies in China nicht der Fall sei, habe Beijing eben doch kein Anrecht. Eine Woche nach seiner Brandrede vom 11. März kehrte er zu seiner geübten Rhetorik des Gewaltverzichts und der Friedfertigkeit zurück: In einer Fernsehansprache appellierte er an seine Landsleute, sich bei weiterem Protest »exzessiver Gewalt« zu enthalten, ansonsten sehe er sich zum Rücktritt von seinem Amte genötigt. Der Appell erzielte den beabsichtigten Effekt: »Seine Heiligkeit« war, zumindest in den

Westmedien, schlagartig von jedem Verdachte reingewaschen –das chinesische Staatsfernsehen hatte ihn folgerichtig als »Wolf im Mönchsgewand« bezeichnet –, er selbst und seine Clique seien Drahtzieher der Ausschreitungen gewesen. Gegen die fortdauernde Gewalt bewirkte der Aufruf gar nichts. Kurze Zeit wurde die Rücktrittsdrohung zurückgenommen: Selbstredend, so sein Pressesprecher, bleibe der Dalai Lama seinem Volke als »geistlicher und politischer Führer« erhalten.

Wie unter Religionsführern üblich, war und ist ein Rücktritt vom Amte des Dalai Lama ohnehin nicht vorgesehen, weder aus politischen noch aus Altersgründen. Seit Jahren schon verkündet indes der aktuelle 14. Amtsinhaber zu jedem sich bietenden Anlaß, er wolle in einem künftigen »freien Tibet« keinerlei politische Funktion mehr ausüben. Vielmehr beabsichtige er, eine demokratische Verfassung zu implementieren: »Das tibetische Volk muß wieder (sic!) die Freiheit erhalten, von grundlegenden demokratischen Rechten Gebrauch zu machen.« Wie der exiltibetische Sozialwissenschaftler Dawa Norbu schrieb, verwende der Dalai Lama den Begriff Demokratie immer da, wo er tatsächlich Populismus und Demagogie meine. Selbst nach fast fünfzig Jahren im Exil habe er es über eine demokratisch aufgeputzte Fassade nicht hinausgebracht. Bezeichnend ist insofern, daß der vormalige »Gottkönig« sich bis heute noch nicht einmal innerhalb der exiltibetischen Kommunen und letztlich noch nicht einmal innerhalb seiner »Exilregierung« in Dharamsala demokratisch hat legitimieren lassen. Eine Volksabstimmung, wie er sie immer wieder für den großtibetischen Siedlungsraum fordert, hat er für die Exilgemeinden, in denen eine solche relativ leicht durchgeführt werden könnte, noch nie gefordert. Die »Wahlen«, die er regelmäßig für das »exiltibetische Parlament« durchführen läßt, sind reine Augenwischerei: Das »Parlament« hat gegen ihn nichts zu melden und darf sich bestenfalls mit administrativen Aufgaben beschäftigen.

Zeit bliebe dem Ex-Gottkönig genug, sein Demokratieverständnis zu erweitern: Laut Auswertung seiner astrologischen Tabellen werde er ein Alter von 142 Jahren erreichen, also im Jahre 2077 seine gegenwärtige Inkarnation verlassen. Seine eigenen Traumgesichte, wie er verlautbart, stünden hierzu allerdings in Widerspruch: diesen zufolge werde er bereits im Alter von 113 Jahren, also im Jahre 2048, von der weltlichen Bühne abtreten. Indes sei auch seine Wiedergeburt bereits beschlossene Sache. Er werde definitiv als 15. Dalai Lama wiederkehren – ob nun reinkarniert als Kind einer (exil)tibetischen Familie oder remanifestiert in einem hochrangigen Mönch seines engsten Umfeldes, der nach »vatikanischem Modell« aus diesem Umfeld heraus »gewählt« bzw. »erkannt« werden könnte, stehe allerdings noch nicht fest. In letzterer Option, so die Überlegung, ließe sich das 20jährige Interregnum bis zur Machtübernahme einer als Kleinkind entdeckten Wiedergeburt umgehen, was die Hoffnung der Chinesen durchkreuze, mit seinem Tod gebe es über längere Zeit hinweg keinen amtierenden Dalai Lama mehr. Auch die Möglichkeit, testamentarisch einen Nachfolger zu bestimmen, wird erörtert; es könne dies, wie die aktuelle Inkarnation bei jeder Gelegenheit dahergackert, gar ein weiblicher Nachfolger sein: »A female Dalai Lama? Hahahahihi, why not?«

Junge Welt, 27.03.2008

Es geht nicht um Menschenrechte

Die Unruhen in Tibet und ihr Hintergrund

Die gewaltsamen Unruhen in Tibet sind für die Mehrheit der westlichen Medien Anlass, wieder einmal hemmungslos "falsch Zeugnis" gegen die VR China zu reden. Deshalb seien einige historische Fakten vorangestellt.

Die Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik China ist durch internationale Verträge seit mindestens einem halben Jahrhundert offiziell anerkannt. Tibet wurde 1950 also nicht von China okkupiert. Es wurde vielmehr am 26.10.1950 auf der Grundlage eines Abkommens zwischen der "Zentralregierung und der Lokalregierung Tibets" friedlich befreit. Das war ein Schritt, der eine damals von England und den USA angestrebte Abtrennung Tibets von China durchkreuzte. Die mit dem Abkommen zugesagte regionale Autonomie Tibets beschloss der Nationale Volkskongress Chinas in den 1950er Jahren und leitete sie ein. Der Dalai Lama und der Panchen Lama wurden damit in höchste staatliche Ämter der Volksrepublik berufen und hatten ihren palastartigen Zweitsitz in Peking.

Tibet war zur Zeit seiner Befreiung eine feudal-theokratische Gesellschaft. Die große Mehrheit des Volkes wurde in religiöser Abhängigkeit von der herrschenden Mönchskaste gehalten und unmenschlich ausgebeutet. Zugang zur (theokratischen) Bildung hatte nur derjenige, der als Mönch ausgewählt und in ein Kloster aufgenommen wurde. Die Lebenserwartung der Tibeter betrug zur Zeit der Befreiung 39 Jahre. Die herrschende Mönchsschicht mit dem damals noch jungen Dalai Lama an der Spitze übernahm mit dem Abkommen von 1950 die Verpflichtung, in Tibet in Übereinstimmung mit den lokalen Bedingungen Reformen zur Entwicklung der Wirtschaft und zur Verbesserung des Lebens des Volkes einzuleiten. Bis zum ersten Aufstand der verbliebenen reaktionären Kräfte der damaligen tibetischen Führung im März 1959 hatte sich an der inneren Struktur der tibetischen Gesellschaft kaum etwas geändert. Unter dem Druck dieser tibetischen Reaktion floh der Dalai Lama damals mit nach Nordindien. Dort bildeten Angehörige der ehemals herrschenden Kaste eine Exilregierung und eine Basis, von der aus bis heute versucht wird, unter Ausnutzung der religiösen Abhängigkeit der in Tibet verbliebenen Mönche die Entwicklung eines modernen Tibet zu untergraben und zu verhindern. Diese Kräfte haben sich bis heute von den unmenschlichen Zuständen in der alten tibetischen Gesellschaft weder distanziert noch vor dem tibetischen Volk entschuldigt.

Tibet litt unter der "Kulturrevolution" 1966-1976 genau so wie die Stätten traditioneller chinesischer Kultur (z. B. in Qufu, dem Zentrum des Kults um Konfuzius). Die Zentralregierung war jedoch danach auch in Tibet bestrebt, zumindest einen Teil der alten Kulturstätten wieder herzurichten. Dazu gehört auch die umfassende Restaurierung des Potala-Palastes, des Sitzes des Dalai Lama. Vor allem seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik der KP Chinas begann sich auch in dem rückständigsten Teil des Lands ein neues Leben zu entwickeln. Sicher sind auch damals Fehler begangen worden sind. Doch die Fortschritte dieses autonomen Gebiets in Richtung auf eine moderne Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Erforschung tibetischer Kultur können nur von denen geleugnet werden, die mit diesem Fortschritt ihre Felle davonschwimmen sehen. Mit der Modernisierung Tibets verlieren die Kräfte, die einstmals die tibetische Gesellschaft beherrschten, und ihre Nachfolger den Boden für die Verwirklichung ihrer rückwärtsgewandten Politik. Das erklärt, weshalb sie immer wieder einen passenden Augenblick suchen, das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

Die Loslösung Tibets von China mit Hilfe antikommunistischer und antichinesischer Kräfte im Westen bleibt ihr Ziel. Sie können es unter den heutigen Gegebenheiten nur nicht mehr so laut herausschreien und versuchen es deshalb mit der Forderung nach einer "hochgradigen Autonomie" für die Wahrung der "religiösen und ethnischen Kultur" Tibets. Sie, die während ihrer Herrschaft die Menschenwürde und die Menschenrechte des tibetischen Volkes mit Füßen traten, gebärden sich heute als Wahrer der Menschenrechte. Der "Erfinder" dieser Art von Autonomie ist übrigens ein US-Amerikaner, der sie mit seinem Buch "Schneeopard und Drache - China, Tibet und der Dalai Lama" formulierte.

Auch im Zusammenhang mit Tibet wird der VR China immer wieder vorgeworfen, die Religionsfreiheit im Lande zu unterdrücken. Als Beispiel wird z. B. auf die Untergrundkirche in China verwiesen. Als Lehre aus der eigenen Geschichte lässt sich Peking heute in der Frage der Glaubensfreiheit von zwei untrennbar verbundenen Prinzipien leiten. Die Freiheit des Glaubens wird geschützt, China duldet auch in dieser Hinsicht keine Einmischung von außen. Das ist Verfassungsrecht und gesellschaftliche Praxis. In Nanjing werden z. B. jährlich 6 Millionen Bibeln gedruckt und zu 80 Prozent im Lande verkauft, ohne dass es irgendeine Zensur gibt (Aussage des neuseeländischen Leiters der Druckerei). Wer sich im Namen der Glaubensfreiheit in China einzumischen sucht, hat heute damit zumeist wie die Bush-Regierung im Sinn, "das Regime in China zu verändern". Helmut

Schmidt sagte einmal, dass solche Attacken wohl eher auf die Menschen im eigenen Lande wirken sollte, eine solche Haltung auf Europa jedoch nicht zutreffe. Dem ersten Aspekt kann ich zustimmen, der zweite Aspekt trifft leider nicht zu.

Die gegenwärtige antichinesische Propaganda versucht zu suggerieren, dass Peking sich Gesprächen über die Ausgestaltung der Autonomie Tibets verweigere. Die offizielle chinesische Position ist jedoch eine andere: Wenn der Dalai Lama auf die Abspaltung Tibets von der Volksrepublik verzichtet (also das internationale Recht nicht in Frage stellt), dann können Gespräche über alle anderen Fragen sofort aufgenommen werden. Tatsächlich hat es in den letzten Jahren mehrere Reisen eines Bruders des Dalai Lama nach Peking gegeben, in denen diese Problematik wahrscheinlich eine Rolle spielte. Bisher fehlt jedoch die Vorbedingung für die offizielle Aufnahme der Gespräche, nämlich die Erklärung des Dalai Lama, dass Tibet ein Teil der Volksrepublik China ist. Und wenn jetzt US-Außenministerin Rice und auch Kanzlerin Merkel die VR China auffordern, endlich Verhandlungen mit dem Dalai Lama zu einer friedlichen Lösung der "Tibet"-Frage aufzunehmen, so haben sie sich augenscheinlich in der Adresse geirrt.

Die Unruhen, die mit einem Marsch von Exiltibetern von Indien nach Lhasa einhergehen sollten, hätten kaum ohne Wissen und - angesichts seiner herausgehobenen Stellung - Zustimmung des Dalai Lama stattfinden können. Wir erinnern uns auch, wie der Dalai Lama in den letzten Jahren von gewissen Kräften im Westen systematisch in den Vordergrund geschoben wurde. Er wurde in einer Reihe von Staaten von höchster Stelle empfangen und in den USA sogar mit einem Orden dekoriert. Er selbst bezeichnet sich überdies als Freund von George W. Bush. Es gibt ein Sprichwort: Sage mir, mit wem du umgehst und ich sage dir, wer du bist. Ob er es will oder nicht, mit seiner bisherigen Position dient der Dalai Lama den antichinesischen und antikommunistischen Kräften die Volksrepublik China in den Augen der Völker zu diskreditieren und ihrem wachsenden Einfluss auf das Weltgeschehen entgegenzuwirken.

Helmut Peters

unsere zeit - Zeitung der DKP
21. März 2008

Kein Friedensengel, sondern Agitator

Der Dalai Lama: Kultfigur für Esoteriker

Wieder einmal sind in Tibet Menschen gewaltsam ums Leben gekommen. Wieder verbreiten unsere sprachgeregeltten Massenmedien Gräuelmärchen darüber, statt das Wissen über Tibet und seine Menschen zu mehren. Bedenkenlos wurden Gerüchte über "... mehr als hundert Tote!" als bare Münze ausgegeben; chinesische Soldaten hätten "... rücksichtslos in die Menge geschossen". China habe Tibet "von der Außenwelt abgeriegelt", deshalb sei nun eine "humanitäre Katastrophe" zu befürchten. Quelle solcher Tatenmeldungen sind die "Exilregierung" des Dalai Lama und sein von der CIA gut geschmierter Propagandaapparat einschließlich mehrerer Radiosender und weltweiter Netzwerke. Sie sind allzeit bereit, die VR China jedweden Unrechts zu bezichtigen. Die "Exilregierung" ist zwar nicht demokratisch legitimiert und sitzt zudem weitab vom Schuss in Indien, von wo aus sie Agitation und Subversion in Tibet steuert. Aber ihre Dubiosität als Informationsquelle wird geflissentlich ignoriert.

Die tibetischen Agitatoren tönnten sogar, es seien "möglicherweise schon mehrere hundert (!) Tote" zu beklagen. Der Dalai Lama sprach von einem "kulturellen Völkermord an den Tibetern". Die chinesischen Behörden wiesen die im Ausland produzierten Nachrichten zwar als haltlos zurück und erklärten, es habe bis dahin 14 Tote gegeben, ausschließlich Chinesen, meist erstochene Angehörige der Bereitschaftspolizei. Aber Sachlichkeit hatte in der voll entbrannten Propagandaschlacht keine Chance mehr. Die Frankfurter Rundschau titelte "Das Sterben der Tibeter" und lag mit dieser Schlagzeile plus dem Unsinn darunter immerhin voll im internationalen Medientrend.

Geschichte und politische Gegenwart Tibets

Tibet wird als widerrechtlich besetztes Land dargestellt. Die VR China habe Tibet "gewaltsam annektiert". Das wird zwar mit keinem völkerrechtlichen Diktum belegt (UN-Beschlüsse, Urteile des Internationalen Gerichtshofs) gilt aber als unumstößlich. Skeptische Stimmen werden mit farbenfrohen, romantisierenden Darstellungen einer buddhistischen Idealgesellschaft in Tibet übertönt. Die Entwürfe dieser Trugbilder stammen vom österreichischen Nazi Heinrich Harrer, der damit eine unerschütterliche Tibetophilie in unsere Gesellschaft implantierte, nachdem er sich aus seinem behaglichen Asyl beim Dalai Lama wieder herauswagen und in Deutschland blicken lassen durfte. Fernöstliche Mystik eignet sich sehr dazu, der Kundschaft den Verstand zu vernebeln.

Die Kulturregion Tibet ist seit Jahrhunderten ans chinesische Reich gebunden. Gut zur Hälfte, nach Norden und Osten hin, ragt sie in die chinesischen Provinzen Qinghai, Gansu, Yunnan und Sichuan. Das südliche Tibet war über große Zeiträume autonom, aber - weltweit völkerrechtlich und politisch unbestritten - kein unabhängiger Staat, schon gar nicht ein Nationalstaat neuzeitlicher Prägung.

Tibet war bis in die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine Theokratie, ihr Dalai Lama geistliches und weltliches Oberhaupt eines von Gewalt und sogar von Sklaverei geprägten Gemeinwesens. Das bettelarme Bauernvolk hatte Heerscharen unproduktiver Mönche zu ernähren, "die ihnen die Hölle auf Erden bereiteten", wie kritische Historiker später feststellten. Ein geknechtetes Volk wurde ausgesaugt zur Finanzierung des Feudallebens eines absolutistischen Gottkönigs. Die tibetische Klosterkultur mit ihren reichen Tempeln erwuchs nicht aus der Großmut erleuchteter Oberhirten, sondern aus der Knochenarbeit des in Aberglaube, Unwissenheit und Analphabetentum gehaltenen Bauernvolks.

Chinesen in Lhasa

Seit die Chinesen den mönchischen Herrscherclan des Dalai Lama verjagten, haben sie fraglos viel Anlass zu berechtigter Kritik gegeben, hinsichtlich ihrer Vorgehensweise (u. a. mit Zerstörungen während der Kulturrevolution) und ihrer Verwaltungspraxis. Dass die Chinesen, wie derzeit wieder behauptet, "Tibet wegen seiner reichen Bodenschätze usurpiert" hätten, ist horrender Unsinn. Selbst heute noch kann Tibet nicht aus eigener Kraft ein modernes Gemeinwesen entwickeln. Rund 80 Prozent der Gesamtkosten für Bildungs- und Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Verkehrsnetz (einschließlich Eisenbahnbau hinauf in den Himalaja), Energie- und Wasserversorgung, wirtschaftliche Infrastruktur, Technisierung von Handwerk und Landwirtschaft etc. und für die Gebietsverwaltung werden von Peking getragen. Tibet wird von den Chinesen nicht lediglich bevormundet und übervölkert, es wird von Peking auch kräftig subventioniert.

Auch die andere Seite hören

Bewertet man die aktuellen Nachrichten aus Lhasa kritisch und berücksichtigt die Darstellung auch der anderen, der chinesischen Seite, so gab es äußerst gewalttätige Randale, Straßenkrawalle mit Brandschatzung und Plünderungen. Davon betroffen waren chinesische Läden und Fahrzeuge sowie Einrichtungen chinesischer

Behörden. Die Polizei ging gegen die Exzesse gewaltsam vor. Die Volksarmee war, entgegen anderslautenden Behauptungen, bisher nicht im Einsatz. Mit Hinweis auf die gefährliche Lage (und wohl auch zur Entfernung von Agents provocateurs) wurden alle Ausländer aufgefordert, Tibet zu verlassen. Ob und wie reguläre und Bereitschaftspolizisten den Gewaltausbruch in den Griff bekommen werden, lässt sich noch nicht sagen. (Nebenbei: Wie hätte unsere Staatsmacht bei vergleichbaren Ausschreitungen in Deutschland reagiert?)

So kurz vor den Olympischen Spielen in Peking (und, nicht auszuschließen, während dieses internationalen Sportereignisses) mindern die Vorfälle natürlich das Ansehen der VR China in den "Augen der Welt" (gemeint: der Medienmonopole in der von Washington angeführten "westlichen Wertegemeinschaft"). Die Clique um den Dalai Lama erntet vermehrte Beachtung und Hilfe bei ihren revanchistischen Bestrebungen. Der Dalai Lama will nicht nur "Autonomie für Tibet innerhalb der VR China". Dieser Separatist betreibt die Abspaltung Tibets mit allen Mitteln, auch mit heimlichen/indirekt formulierten Aufrufen an seine Mönche und Anhängerschaft zur Gewalt. Der Dalai Lama ist eine Kultfigur der Esoterik-Szene, ein Friedensapostel ist er nicht. Er und seine Unterstützer, die Lenker der "freien Welt", wittern derzeit eine Chance, "Kosovo" zu spielen und das Völkerrecht ein weiteres Mal auszuhebeln. Geostrategisches Ziel: Tibet als Idealstandort für US-Raketenbasen, von denen aus Washington die Macht- und Wirtschaftskonkurrenten China und Indien unter Druck setzen, den ostasiatischen Großraum unter Kontrolle halten und Russland noch enger als bisher militärisch umstellen kann. So gesehen ist die chinesische Darstellung durchaus glaubhaft, dass die Anstifter der blutigen Krawalle im Ausland sitzen.

Unterschiedliche Strategien

Indien hat diesmal nicht in den Aufschrei "Peking verletzt Menschenrechte!" eingestimmt. Die indischen Behörden haben Protestaktionen von Exiltibetern ebenfalls gewaltsam unterbunden und tibetische Mönche inhaftiert. Man kann sich einen Reim drauf machen, warum die Regierung in Delhi diesen Kurs hält.

Im Unterschied dazu kocht Berlin sein Giftsüppchen auf dem tibetischen Feuer. Angela Merkel hat im vorigen Jahr den Dalai Lama im Kanzleramt empfangen. Das war eine der wichtigsten Stationen des Gottkönigs auf seiner Rundreise durch westliche Hauptstädte, die im Oktober in Washington endete und den Separatisten zum internationalen Gegenspieler der chinesischen Regierung aufwertete. Wurden im Kanzleramt Details des gegenwärtigen tibetischen Gewaltausbruchs vorbesprochen? Zufällig ereignete er sich nicht, gerade jetzt. Absicht liegt jedenfalls in einem neuer Affront gegen die VR China: Merkel fordert nun den direkten "Dialog" zwischen Peking und dem Dalai Lama. Merkels Stellvertreter im CDU-Vorsitz, Roland Koch, verlangt gar, die Olympischen Spiele in Peking abzusagen.

Propaganda, Hetze und Subversion mit Unterstützung seitens der USA und Deutschlands stellen die Souveränität Pekings über die Westgebiete der VR China infrage. Derart aggressive Politik kann weitere Menschenleben in Tibet kosten und wird Folgen für das Verhältnis der VR China und Deutschlands haben. Die Wühlarbeit geht weiter: Der Dalai Lama kommt schon im Mai wieder nach Deutschland.

Volker Bräutigam

Der Dalai Lama ist ein agitatorischer Sezessionist - und kein Friedensengel. Die Mönche in Tibet sind keine gewaltlosen Freiheitskämpfer, sondern einige dieser Kuttenträger waren die ersten Mörder in einem vom Ausland aus aufgewiegelten Mob. Die ersten Opfer der Krawalle in Tibet waren nicht Tibeter, sondern chinesische Bewohner in Lhasa und eine Reihe erstochener chinesischer Schutzpolizisten. Deutschland erliegt nicht erst seit jüngster Zeit einer geradezu schwachsinnig gefährlichen Tibetophilie, sondern diese Haltung hat ihre Wurzeln in einer Epoche, in der Heinrich Himmler Forschungs Expeditionen in den Himalaja schickte (1938), weil er dort Überreste der arischen Rasse vermutete. Heinrich Harrer ("Sieben Jahre in Tibet") war nicht nur Schriftsteller und Bergsteiger, sondern SA-Mann im österreichischen Untergrund, später SS-Oberscharführer, der seinem Schüler, dem Dalai Lama, schon im Kindesalter die Überlegenheit der arischen Herrenrasse über Chinesen und anderes Kropfzeug beibrachte und den Vorzug des Führerprinzips vor demokratischen Regierungsformen vermittelte.

Tibet war nie ein selbstständiger Staat, seine halbautonome Verfassung ist zuletzt 1951 in Verträgen mit Peking definiert. Und bevor wir uns treudoof von unseren deutschen Massenmedien über die aktuellen Ereignisse in Tibet desinformieren lassen, sollten wir mehr die schweizerische NZZ und andere, neutralere Quellen für unsere Meinungsbildung anzapfen.
